



Leseprobe

Miklós Bánffy

Verschwundene Schätze

Roman

Übersetzt von Andreas Oplatka

ISBN (Buch): 978-3-552-05596-4

Weitere Informationen oder Bestellungen unter

<http://www.hanser-literaturverlage.de/978-3-552-05596-4>

sowie im Buchhandel.

I.

Die heutige Sitzung war sehr gut besucht. Der Saal des Parlaments hatte sich dicht gefüllt. Auch die Mitglieder der Regierung waren vollzählig erschienen. Der Tag freilich war von besonderer Art: Der Staatshaushaltsplan sollte vorgelegt werden, und dies in der Gewissheit, dass er Zustimmung finden würde. Ähnliches war seit 1903 nie mehr vorgekommen, man hatte die finanziellen Angelegenheiten des Landes auf der Grundlage von verlängerten Budgetplänen geführt oder – wie es um des Reimes willen im Küchenlatein heißt – in einem »Ex-lex«-Zustand. Jetzt, im Herbst 1906, wurde im Staatshaushalt die Ordnung endlich wiederhergestellt. Ein großes Verdienst der Koalitionsregierung.

Pál Hoitsy, der Referent, betrat die Rednertribüne. Sein schöner, ergrauter Kopf mit dem kurzgeschnittenen Kaiserbart nahm sich vor dem Eichensockel des Präsidialsitzes gut aus. In Quersätzen würdigte er die feierliche Stunde, die segensreiche, neu hergestellte Harmonie zwischen dem König und der Nation.

Nur einige Übereifrige ließen sich mit mageren Hochrufen vernehmen. Das Haus blieb still. Alle Parteien schwiegen ernst, nicht nur die Gruppe der Nationalitäten, die auf den oberen Bänken der rechten Mitte saß, dicht um ihren Vorsitzenden, den Serben Mihail Polit; dieser sollte, wie man wusste, einen Entschließungsantrag vorlegen. Man schwieg, denn an diesem gleichen Morgen des 22. November war im Wiener *Fremdenblatt* ein Artikel erschienen, welcher der hier beschworenen großen Harmonie widersprach. Der Artikel bezog sich auf einen Vorstoß von vor zwei Tagen, den die juristische Kommission formuliert hatte, und dem – so hatte man geglaubt – die Kammer heute den höheren Rang eines Landesbeschlusses verleihen würde. Eine heikle, eine unangenehme Angelegenheit.

Begonnen hatte sie damit, dass ein Abgeordneter der Volkspartei zwei Tage zuvor den Antrag einreichte, das abgetretene Kabinett

Fejérváry unter Anklage zu stellen. Die Regierung konnte nun der Behandlung des Vorschlags nicht mehr ausweichen, wie sie es im Juli bei der Debatte über die Adresse an den Herrscher mit ähnlichen schriftlichen Eingaben der Komitate und der Städte getan hatte. Sie konnte dies umso weniger, als der Antragsteller zu Rakovszkys enger Umgebung gehörte. Man vermutete folglich, dass dieser hinter der Angelegenheit stehe, und in Ferenc Kossuths Lager munkelte man über einen meuchlerischen Angriff, von bösen Kabalen und einer Absicht, die Zusammenarbeit der verbündeten Parteien zu sprengen. »Und ihr Angriff richtet sich gerade gegen den empfindlichsten Punkt!« Alle wussten nämlich, und Rakovszky selber gewiss am besten, dass eine der Bedingungen des Regierungswechsels darin bestand, den Mitgliedern des vorangegangenen Kabinetts Unversehrtheit zuzusichern. Die Anführer der Koalitionsparteien hatten sich gegenüber dem König hierzu verpflichtet. In die Öffentlichkeit gedrungen war dies nicht, und als im Sommer László Vörös, der Handelsminister der sogenannten Trabanten-Regierung, den Schleier über dem Pakt lüftete, bestritten die halbamtlichen Blätter seine Behauptungen, wiewohl sie dies mit leicht unsicheren Formulierungen taten. Jetzt aber, da die Volkspartei so provozierend auftrat, musste man sich der Angelegenheit stellen und eine Lösung finden, die der ungarisch-rebellischen öffentlichen Meinung zur Freude gereichte, die aber auch das enthielt, wofür man gegenüber dem König das eigene Wort verpfändet hatte.

Dies gelang denn auch dank Ferenc Kossuths Auftritt. Er hatte in der Kommission seine ganze Autorität in die Waagschale geworfen. »Es gibt keinen Pakt, denn dieser wäre ja eine Verletzung der Verfassung«, erklärte er. Das war ein gefährlicher Satz. Es war ja bekannt, dass der Herrscher ihnen den Auftrag zur Regierungsbildung aufgrund umschriebener Punkte erteilt hatte, aber die Worte wirkten sehr gut, selbstbewusst und klangvoll. So erreichte er, dass die Kommission die Anklageerhebung verwarf und stattdessen eine ächtende Verlautbarung verabschiedete, laut der sie Fejérváry und seine Genossen »ungetreue Räte des Königs und der Nation« nannte und sie »dem niederschmetternden Urteil der Nation« überantwortete.

Die Kommission verordnete sodann, den ganzen Text durch öffentliche Anschläge bekanntzumachen, sobald das Parlament ihn zum Landesbeschluss erklärt habe. Das war eine gute, eine ausgezeichnete Formel. Jedermann verließ die Kommissionssitzung befriedigt, die Extremisten darum, weil man die verhasste Trabanten-Regierung gebrandmarkt hatte, die Minister wiederum darum, weil sie der Forderung ausgewichen waren, deren Erfüllung für sie ausgeschlossen gewesen wäre. Doch am Morgen dieses Tages schlug die Bombe ein. Ein groß aufgemachter Artikel war im Wiener *Fremdenblatt* erschienen, das als Sprachrohr des Hofes galt. Unter der Form eines Berichts aus Budapest wurde darin ausgeführt, dass der tags zuvor gefasste Beschluss »umgestaltet werden soll«, da es doch widersinnig sei, dass diejenigen, die das Vertrauen des Herrschers besaßen, vor aller Welt an den Pranger gestellt werden sollten; und dann folgte noch eine Nachricht »aus Fejérvárys Umgebung«, wonach er an der nächsten Sitzung des Oberhauses das Wort ergreifen und Einzelheiten des Paktes benennen werde.

Nicht mehr. Nur so viel.

In der Kammer herrschte gedrückte Stimmung. Dies nicht nur darum, weil wegen des herbstlichen Wetters der von einem Glasdach gedeckte Raum im Dunkel lag. Das elektrische Licht auf den Presse-tribünen und Galerien machte ihn wohl noch dunkler, es ließ die vielen Verzierungen aus künstlichem Marmor und die falschen Vergoldungen nur hier und dort erglänzen; die bemalten Gipsfiguren in der Höhe wiederum waren kaum noch sichtbar. Einzig das graue Haar des Vortragenden auf dem Podium setzte einen Farbtupfer. Die Abgeordneten hielten es für geziemend, während der Sitzung im Saal zu bleiben, aber jedermann hing seinen Gedanken nach. Den wohlformulierten Sätzen des Redners lauschten sie kaum. In den verschiedenen Gruppen der 48-er, in den Bänken der Verfassungs- und der Volkspartei, überall steckten fünf bis sechs Männer die Köpfe zusammen und besprachen flüsternd die neueste Wendung, die im *Fremdenblatt* zwischen den Zeilen versteckte Drohung.

Ferenc Kossuth und Justizminister Polonyi berieten leise, aber aufgeregt mit Visontai, der tags zuvor den Text des Beschlusses auf-

gesetzt hatte. Einzig Wekerle lehnte sich im Sessel des Ministerpräsidenten in breiter Ruhe zurück und wandte sein schönes, an einen römischen Imperator gemahnendes Gesicht dem Vortragenden zu. Der Staatshaushalt war sein Werk, vielleicht erfreute er sich jetzt daran. Er galt auch im Übrigen als ein Mann mit starken Nerven, der schon manchen Sturm gesehen hatte.

Trotzdem, was für eine veränderte Welt, dachte Bálint Abády, der als parteiloser Abgeordneter gegenüber dem Präsidium in der Mitte in der oberen Bankreihe saß. Welch ein Sturm hätte hier bei diesem Thema vor anderthalb Jahren noch getobt. Wie wäre ein Redner nach dem anderen aufgesprungen, wie hätten sie in ihren schallenden Voten vor der Tagesordnung das fluchbeladene Wien und die finstere Kamarilla gegeißelt. Womöglich hätte auch der Vorsitzende selber die unrechtmäßige Einmischung »einer fremden Zeitung« zur Sprache gebracht. Jetzt sind sie schon realistischer geworden, sie rechnen mit den tatsächlichen Verhältnissen. Vielleicht lernen sie ihre Lektion ... Unter solchen Gedanken hörte er den Worten des Redners zu.

Gegen Ende des Referats kam ein Mann von den Bänken der 48-er herüber und nahm neben Abády Platz: Dr. Zsigmond Boros, Anwalt, Abgeordneter von Marosvásárhely. Seine Karriere hatte so schön begonnen. Nach den Wahlen 1904 war er einer der Wortführer der äußersten Linken. Bei der Bildung der Koalitionsregierung wurde er Staatssekretär in Kossuths Ministerium. Nach kaum zwei Monaten trat er aber plötzlich und ohne ersichtlichen Grund zurück. Ein Gerücht ging um, etwas stimme nicht in seiner Anwaltspraxis. Bestimmtes wusste oder sagte zwar niemand, aber seither behandelte ihn jedermann kühl, denn man sah damals in der Politik wohl vieles nach, in Fragen der persönlichen Ehrbarkeit herrschte aber äußerste Strenge. Boros erschien seit seinem Rücktritt selten im Parlament; vielleicht hielt er sich andernorts auf, vielleicht war er damit befasst, seine Angelegenheiten in Ordnung zu bringen. Vor zwei Tagen hatte er sich wieder eingestellt. Abády machte die Beobachtung, dass sich Boros schon seit Beginn der Sitzung immer wieder einer Gruppe zuwandte und leise etwas erklärte, um sich dann zu einer anderen zu gesellen. Jetzt hatte er sich neben ihn gesetzt. Gewiss mit Absicht.

In der Tat, kaum hatte der Vorsitzende mit der Anordnung von zehn Minuten Pause der soeben verklungenen Rede die Ehre erwiesen, als Boros sich an Abády wandte: »Ich möchte mit dir ein paar Worte wechseln.«

Unter den Abgeordneten, die hinausströmten, betraten sie den Korridor und gingen hinüber zu dem geräumigen, aber dunklen Gesellschaftsraum, in dem die Diwane, voneinander durch Säulen und Wandverkleidungen getrennt, geradezu für Verschwörer eingerichtet zu sein schienen. Sie setzten sich auf das äußerste Kanapee.

»Ich möchte dich in einer wichtigen Angelegenheit des Landes um Rat bitten«, so begann Boros die Unterhaltung. »Ich bin schwer besorgt, und ich weiß nicht, welchen Weg die Pflicht mir weist. Ich muss etwas weit ausholen, auf die Umstände meines Rücktritts zurückgreifen.«

Bálint ging jäh durch den Sinn, was er darüber vernommen hatte. Es war freilich nichts Gesichertes, nicht mehr als vage Verdächtigungen, und jetzt, da er mit dem anderen zusammensaß, fragte er sich, ob sie wohl der Wahrheit entsprachen. Ihm fiel es schwer, daran zu glauben.

Er war ein schöner Mann, Zsigmond Boros. Keine Falte durchzog seine hohe Marmorstirn, er blickte geradeaus und ruhig, ein wohlgepflegter, rötlicher, spatenförmiger Bart umrandete sein blasses Gesicht. Mit all dem machte er einen vorzüglichen Eindruck. Abbruch tat nicht einmal, dass er sich etwas ungewöhnlich modisch kleidete, was bei einem Provinzanwalt eher unerwartet wirkte. Mit seiner wohltonenden, samtene Stimme kam Boros auf den Artikel des Ministers Vörös zurück, von dem vorhin die Rede war.

»Du warst damals nicht hier?«, fragte er.

»Nein«, antwortete Abády verschlossen, »ich hielt mich im Ausland auf.«

»Stimmt, ich hatte gehört, du seiest in Italien. Du erlaubst mir also, den Sachverhalt kurz zu beschreiben.«

Er berichtete, dass im Artikel des einstigen Ministers der Trabanten-Regierung die Behauptung stehe, man habe sich bei den Verhandlungen darauf geeinigt, zur Schaffung des Gesetzes über das all-

gemeine Stimmrecht ein »Ad-hoc-Kabinett« zu bilden, und zwar einzig aus Mitgliedern der 48-er Partei und der früheren Regierung. László Vörös hätte Ministerpräsident werden sollen. Der frühere Minister behauptete sodann, dass dies auch von Ferenc Kossuth akzeptiert worden sei.

»Da habe ich Kossuth aufgesucht. Ich wollte klarsehen, worauf ich als sein Staatssekretär, das heißt als Vertrauensmann, ein Anrecht hatte. Kossuth räumte ein, dass ein Plan dieser Art zur Sprache gekommen sei, aber er habe das bloß im Sinn von ad referendum betrachtet. Da aber die beiden anderen Parteien der früheren Opposition, die Verfassungs- und die Volkspartei, bis dahin beide Gegner des allgemeinen Wahlrechts, der Reform des Wahlsystems als Grundlage zugestimmt hatten, so liege es auf der Hand, dass jede andere Kombination gegenstandslos geworden sei. Da nun zeigte mir Kossuth den Text des Pakts. Und deswegen beschloss ich zurückzutreten, und nicht wegen der Verleumdungen, die, wie ich höre, gegen mich angeführt und vor allem seit meinem Ausscheiden aus dem Amt verbreitet werden. Weil ich den Grund meines Abgangs nicht nennen konnte, ist es naheliegend, dass ihn ›gewisse Kreise‹ mit solchen Dingen erklären wollen«, fügte er mit Nachdruck hinzu.

Boros hielt in seiner Rede für einen Augenblick inne, als warte er auf eine Äußerung Bálints. Dann fuhr er fort: »Einen Pakt gibt es also sehr wohl. Und Kossuth hat gestern im Ausschuss – sagen wir es auf die feine Art – eine Darstellung der Fakten riskiert, die der Wirklichkeit nicht in allem entspricht. So stehe ich also vor der Frage, ob es erlaubt sei, dergleichen zu dulden. Ist es erlaubt, das Land in dieser irri- gen Annahme zu belassen? Besteht nicht die Pflicht, dem Irrglauben, in dem die Öffentlichkeit lebt, ein Ende zu setzen? Habe nicht gerade ich diese Pflicht? Ich bin durch nichts gebunden. Schweigen habe ich nicht gelobt. Es trifft zwar zu, dass ich damals im Amt stand, aber das ist eine politische, keine dienstliche Angelegenheit. Wenn ich jetzt die Sache im Parlament zur Sprache bringe, dann stürzt die Regierung wie ein Kartenhaus in sich zusammen.«

Boros blickte Bálint abermals fragend an.

»Warum wendest du dich gerade an mich?«, erkundigte sich Bálint.

»Weil ich dich für einen Mann halte, der selbständig denkt und einen breiteren Horizont besitzt als die meisten. Ich kenne auch die Arbeit, die du in Siebenbürgen im Interesse der Genossenschaften auf dich genommen hast, und ich schätze sie hoch. Erlaube mir kurz zu skizzieren, wie ich die heutige Lage sehe. Warum ich diesen Zustand für schädlich, womöglich für fatal halte.«

Nun entfaltete sich ein anderer Zsigmond Boros, nicht jener, den Abády bisher gekannt hatte. Bisher war ihm nur der vornehme und ein wenig bombastische Redner vertraut gewesen, der patriotische, aber etwas leere Sätze wunderbar zu formulieren verstand, schöne Phrasen, die ihren Platz eher an Volksversammlungen hatten. Heute indessen sprach er sachlich und beleuchtete eine unerwartete Perspektive. Er redete leicht gallig, und tief hinter seinen Worten tönte verhüllter Hass. Er sagte dies: »Es ist klar, dass die heutige Regierung auf einer Lüge ihre Basis hat. Man hat das Publikum glauben lassen, die Koalition habe gesiegt. Dabei trifft das Gegenteil zu. Der König hat die Oberhand behalten, und der Beweis wurde erbracht, dass der Weg, auf dem man insbesondere militärpolitische, aber auch andere sogenannte Errungenschaften hatte erzwingen wollen, ganz und gar unbegehrbar ist. Das aber gesteht niemand ein. Um diese Lüge weiterhin aufrechtzuerhalten, wird das Publikum mit allerlei Nichtigkeiten gefüttert. Das Parlament hat den ganzen Monat Oktober mit den Gesetzen zur Rehabilitierung Rákóczis vertan. Auch die heutige Entschließung ist solcher Unsinn. Und es wird noch mehr Dinge von dieser Art geben auf allen Gebieten, die erlauben, Popularität zu eringen. Denn sie sind dazu gezwungen. Dies darum, weil sie nicht eingestehen wagten, dass nichts von dem, was sie in der Wahlkampagne verkündet hatten, zu verwirklichen ist. Folglich müssen sie gefälligen Themen nachjagen, mit denen sich das vollkommene Scheitern ihres bisherigen Programms bemänteln lässt. Und das birgt eine furchtbare Gefahr, denn nun werden lauter Scheingesetze und Scheinmaßnahmen das Licht der Welt erblicken. Lauter Dinge, die der Presse gefallen und über die man Leitartikel zum Besten geben kann. Da sich an unserem Verhältnis zu Österreich nichts ändern lässt, werden sie ihre Ohnmacht in lauter Formeln kleiden. So wird

es zugehen in der Frage der Nationalbank, des Zollgebiets und der Quote. Und die Österreicher sind klug. Sie werden sich unsere Selbstständigkeitsformeln mit klingender Münze bezahlen lassen, und wir werden den Preis erlegen, einzig darum, damit die Zollgemeinschaft nicht Zollunion, sondern Zollvertrag heißt. Und es wird in allem so zugehen, denn sie müssen den Schein ihres gesteigerten nationalen Kurses aufrechterhalten und ihn zumindest in den Angelegenheiten bestätigen, die im Pakt nicht eingeschränkt sind. Apponyi plant demgemäß, wie ich höre, ein neues Volksschulgesetz, bei dem er viel Geld dafür opfert, dass es auf dem Papier einen stärker betonten ungarischen Unterricht geben soll, und Kossuth will ähnlich eine neue Regelung verabschieden für die Geschäftsführung der ungarischen Staatsbahnen in Kroatien. An diesem Plan wird schon gearbeitet. Sie wollen verordnen, dass die Staatsbahn-Angestellten auch dort Ungarisch sprechen sollen! Kann man sich etwas Dämlicheres ausdenken?»

»Tatsächlich?«, wunderte sich Bálint. »Aber laut dem Gesetz ist doch die Staatssprache dort Kroatisch.«

»Natürlich. Und solange ich mit dabei war, widersprach ich diesem Vorschlag auch. Ich widersprach, denn wir hatten ja die Regierungspartei des Banus Khuen zersprengt und der serbischen Koalition zur Mehrheit verholten. Das war genau Ferenc Kossuths Politik, denn die serbischen Parteien hatten sich in der Frage der Personalunion als einzige zusammen mit der Unabhängigkeitspartei auf eine gemeinsame Plattform gestellt.«

Abády machte jetzt zum ersten Mal eine heftigere Zwischenbemerkung: »Das taten sie bestimmt nicht uns zuliebe. Die Schaffung der Personalunion im Falle Ungarns hätte die unmittelbare Konsequenz, dass Kroatien das gleiche Recht erhielte und sich von uns trennen würde, was vielleicht später, aber wohl bald unter Einbezug von Bosnien und Dalmatien zur Schaffung eines südslawischen Staates, das heißt zum Trialismus, führen müsste. Mir ist bekannt, dass dies in gewissen Wiener Kreisen als ein Lieblingsgedanke gilt.«

»Darüber, glaube ich, kann man diskutieren. Bestimmt ist es aber absurd, einer Richtung zuerst zur Macht zu verhelfen und dann die-

jenigen, die wir selber gestärkt haben, vor den Kopf zu stoßen. Das ist es aber, was folgt, wenn diese Regierung an der Macht bleibt. Darum stellt sich für mich die Frage, ob ich nicht verpflichtet bin, dieses ganze System über den Haufen zu werfen.«

Bálint fielen die Verhandlungen ein, die er mit verschiedenen Ministern über die intensivere Organisation von Genossenschaften in Siebenbürgen sowie über die Ansiedlungsaktion geführt hatte und bei denen man mit guten Aussichten vorangekommen war. In einer so großen Angelegenheit wie der Auslösung einer Regierungskrise wollte er auch keine Verantwortung übernehmen.

»Gewiss ist das, was du mir erzählt hast, sehr ernsthafter Natur. Es ist überaus schädlich, wenn Regierungsmaßnahmen nicht mit Blick auf ihre Nützlichkeit für den Staat, sondern aus übertriebenem Nationalismus ergriffen werden. Es ehrt mich sehr, dass du mir das mitgeteilt hast. Doch kann ich dir in dieser Sache keinen Rat geben. Du hast, wie ich denke, während der Sitzung ja auch mit anderen gesprochen ...«

»Oh, nicht hierüber oder nicht so klar. Im Übrigen habe ich von dir auch keinen Rat erwartet, sondern ich wollte mit jemandem, den ich hochschätze, die Lage überblicken und zugleich erklären, warum ich abgedankt habe, wegen welcher ernsthaften Landessorgen und nicht wegen irgendwelcher zweifelhafter materieller Angelegenheiten, wie man sie mir dann von allen Seiten anklagend vorhielt.«

Und nun fiel Zsigmond Boros plötzlich in seinen üblichen Rednerstil zurück. Er holte seinen samteneu Bariton hervor, den er nur bei solcher Gelegenheit benutzte: »Denn ich, der ich um den Preis meines Lebens und meines Bluts einzig dem Heil des Vaterlands diene, kenne keinen anderen Willen und Grund, keine andere Absicht, habe nie etwas anderes gekannt als das, was unsere Nation groß, mächtig und blühend machen kann. Entgegen der Arglist der Verschlagenen ...«

Scharfer Glockenton hallte durch alle Korridore. Er dröhnte gellend selbst von der benachbarten Kuppelhalle zu ihnen herüber. Die Abgeordneten strebten aus allen Richtungen eilig dem Sitzungssaal zu. Ein junges Mitglied der 48-er lief vorbei und rief ihnen zu:

»Apponyi spricht! Alle sollen hereinkommen! Apponyi spricht!«, und rannte weiter.

Abády kam diese Unterbrechung gelegen. Es hatte ihn unangenehm berührt, dass Boros erneut seine üblichen Phrasen bemühte, durch welche die von ihm zuvor gebrauchten, sachlich wirkenden Argumente irgendwie entkräftet wurden. Beide begaben sich in den Sitzungssaal.

Bálint traf hernach Zsigmond Boros während längerer Zeit nicht mehr. Boros meldete sich in der Kammer nicht zu Wort. Er enthüllte nicht, dass es einen Pakt gab. Zur Brandmarkung der Regierung Fejérváry kam es auch nicht. Der Ausschuss für Rechtsfragen trat tags darauf wieder zusammen, und zur Abfassung eines neuen Textes delegierte er fünf Herren, die dann die Angelegenheit für immer begruben. Das *Fremdenblatt* behielt doch recht.